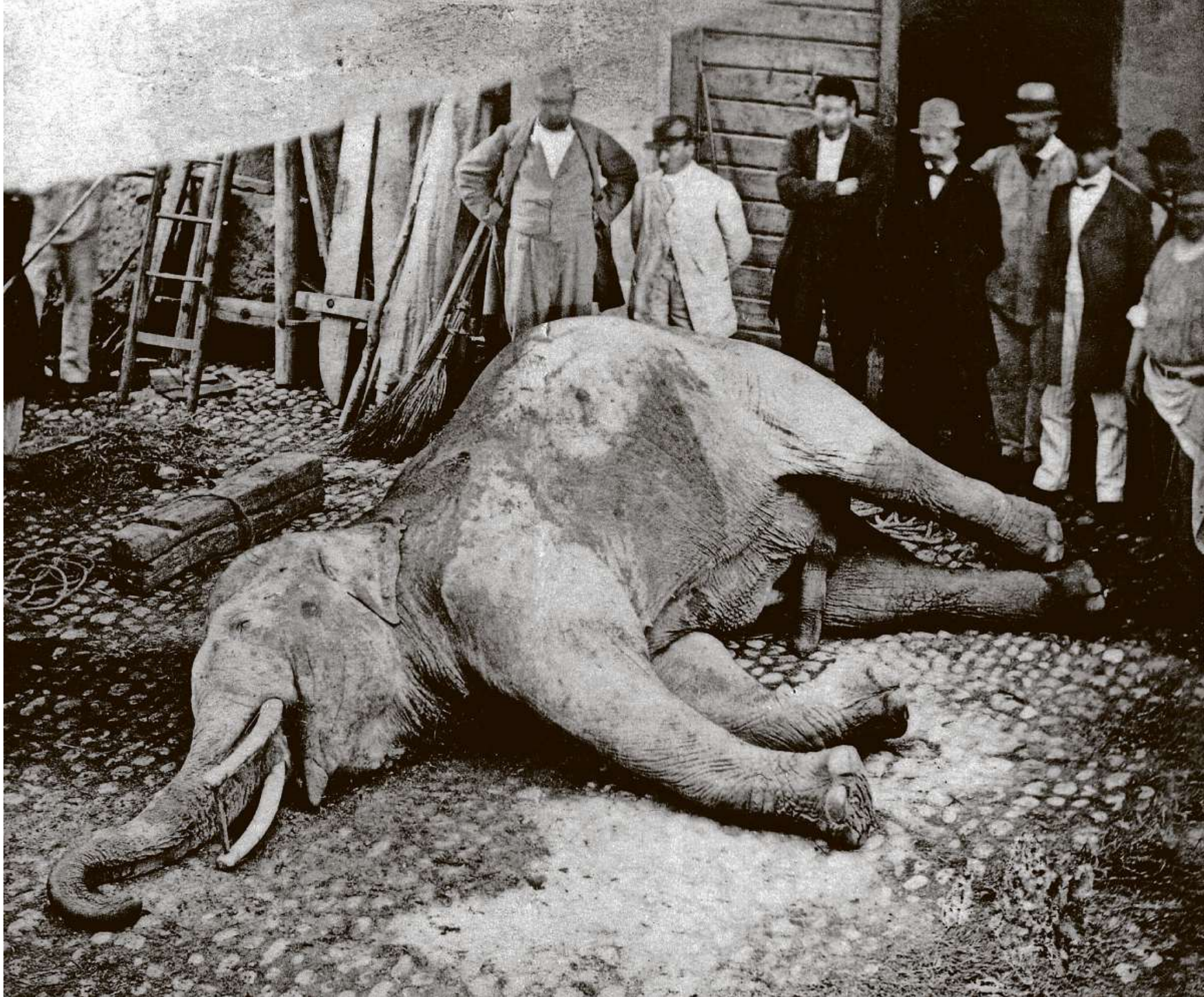


Heute vor 151 Jahren



28.6.1866: Artillerie gegen Zirkus-Elefant. Dieser Elefantenbulle, der mit dem amerikanischen Wanderzirkus Bell & Myers in Murten zu Gast war, büsste mit seinem Leben dafür, dass er zuerst nach einer Nachtvorstellung seinen Pfleger getötet hatte und dann aus dem Zirkusbetrieb ausgebrochen war. Zum Ausbruch kam es am frühen Morgen, das Tier bewegte sich kreuz und quer durch Murten. Schliesslich gelang es, den Bullen einzukesseln und mit einer Sechspfund-Artilleriekanone zu erlegen. Schon der erste Schuss war tödlich. Das Skelett befindet sich im Naturhistorischen Museum Bern. Foto Keystone/Naturhistorisches Museum Bern

Einspruch

Wenn zwei sich streiten ...

Von Flavian Kurth

Die Tarifverhandlungen der FMH mit Tarifsuisse stehen einmal mehr auf der Kippe. Scheitern sie erneut, wird der Bundesrat eine Organisation zur Weiterentwicklung der ambulanten Tarife ärztlicher Leistungen einsetzen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass sich die Arbeitsgruppe WZW von FMH und Santésuisse bei der Verbesserung des vom Parlament als mangelhaft erkannten Verfahrens zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der frei praktizierenden Ärzte seit Jahren im Kreis dreht. Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Mehr, als uns Patienten lieb sein kann.

Es sitzen sich in den Tarifverhandlungen dieselben Verhandlungspartner gegenüber wie bei den Wirtschaftlichkeitsverfahren: FMH und Santésuisse. Derzeit sieht es so aus, dass die FMH ein mangelhaftes Verfahren hinnimmt, um es sich in den Tarifverhandlungen mit den Versicherern nicht zu verschmerzen. Dies dürfte der Grund sein, weshalb die Arbeitsgruppe WZW nicht vom Fleck kommt, obwohl die Lösungen für ein professionelles, faires und wissenschaftliches Verfahren ja seit Jahren auf dem Tisch liegen: Die CSS hat mit ihrem Ärzte-Index bereits 2008 einen entsprechenden Vorschlag gemacht.

Dazu müssten aber die Individualdaten sämtlicher Versicherer zusammengeführt werden, um daraus geeignete krankheitsbasierte Kenngrößen für die Prüfung der WZW-Regeln zu entwickeln. Das kann nur eine behördliche Stelle wie das Bundesamt für Statistik, Santésuisse wäre dann raus. Verständlich, dass die FMH das nicht will, riskierte sie so doch jegliches Entgegenkommen in den Tarifverhandlungen.

Das Sprichwort «Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte» stimmt hier leider nicht. Denn dieser Dritte sind wir, die Patienten, und wir haben das Nachsehen. Weshalb? Das derzeitige Verfahren produziert nachweislich nicht nur falsch Positive, sondern – was schlimmer ist – auch falsch Negative, Ärzte also, die sich ungestraft bereichern. Ja, das Verfahren reizt mit seinem Kosten-Mittelwertvergleich solches Verhalten tendenziell sogar an: Jene wenigen schwer- bis schwerstkranken Patienten, die hohe Einzelkosten verursachen, bringen den beurteilten Arzt in Schwierigkeiten,

Mit der Tarifierung durch ein fachfremdes Gremium droht nun das patientenfeindlichste Szenario.

während unnötige kleinere Behandlungen ihm helfen, seine Durchschnittskosten zu senken. Eine entsprechende Anpassung seiner Behandlungspraxis hilft ihm, nicht über den Index von 130 Prozent für Überarzter zu kommen, womit er eine saftige Busse riskieren würde. Die Versicherer haben dennoch kaum Interessen, das Verfahren zu verbessern, hebt es doch die absoluten Kosten und senkt gleichzeitig die durchschnittlichen. Was bedeutet: mehr Umsatz, mehr Gewinn. Welches Unternehmen könnte da auch etwas dagegen einzuwenden haben?

Mit der Tarifierung durch ein fachfremdes Gremium droht nun das patientenfeindlichste Szenario: Der untertariferte Arzt macht den verlorenen Umsatz mit unnötigen Behandlungen wett – womit er sich gleichzeitig aus den Wirtschaftlichkeitsverfahren stiehlt.

Und bin ich als Patient dann wirklich krank, so werde ich unter Umständen kaum noch behandelt, weil der Tarif den Aufwand des Arztes nicht deckt und er dann überdies fürchtet, sich mit meiner Behandlung auf den Überarzte-Index zu bringen.

Flavian Kurth ist Sekretär des Vereins Ethik und Medizin Schweiz (VEMS).

Briefe

Unser Flughafen gehört allen

«Unser Fokus liegt auf dem Lärm zwischen 23 und 24 Uhr»; BaZ 27.6.17

Alle, die in Allschwil wohnen, wissen auch, dass wir zwar keinen Bahnhof haben, dafür einen Flughafen. Diesen teilen wir mit der Region, unser Euro-Airport Bâle-Freiburg-Mulhouse.

Innerhalb der letzten vierzig Jahren haben sich die Bevölkerungsdichte und die Bedürfnisse der Menschen geändert. Geblieben sind die Flugrouten. Ausgedehnt haben sich die Flugbewegungen und Flugzeiten.

Der Einwohnerrat hat darum eine von allen politischen Parteien unterstützte Resolution verabschiedet, welche ein striktes Nachtflugverbot von mindestens sieben Stunden, eine angemessene Fluglärmmittelwertverteilung und eine optimierte Flugroute bei Start und Landung in der Region fordert.

Die SP erkennt den Wert des Flughafens für die Region, ist jedoch auch dezidiert für den Schutz der Bevölkerung. Wir werden uns weiterhin im Kanton bei der Regierung dafür einsetzen und fordern den Verwaltungsrat auf, sich für alle Betroffenen einzusetzen.

Andreas Bammatter, Allschwil, Land- und Einwohnerrat

Vertiefte Partnerschaft?

Baselland setzt Uni-Sparkurs durch; BaZ 27.6.17

Nach der Ablehnung einer Prüfung der Kantonsfusion sprach die Baselpartei Regierung von einer Vertiefung der Partnerschaft der beiden Halbkantone. Nun werden die Beiträge des Landkantons an die Uni Basel reduziert und die Kulturbeiträge halbiert. Leidtragende sind einerseits die Uni Basel und andererseits der Kanton Basel-Stadt. Begründet wird dieser «Ver-

handlungserfolg» mit der misslichen finanziellen Situation des Landkantons. Die städtische Bevölkerung muss die Folgen der verfehlten Baselpartei Finanzpolitik tragen. Sieht vertiefte Partnerschaft so aus? Und wann begreift die Baselpartei Regierung, dass Universität und Kultur die Attraktivität der gesamten Region erhöhen?

Philipp Bollinger, Bottmingen

Verzicht kann Freiheit bedeuten

Foie gras und die Freiheit; BaZ 24.6.17

Das Importverbot tierquälerisch erzeugter Produkte ist keine Bevormundung, sondern vielmehr ein Zeichen für einen respektvollen, verantwortungsvollen und achtsamen Umgang mit allem, was lebt. Wieso soll den die Schweiz nicht mit gutem Beispiel vorangehen? Der Mensch wird nicht unfreier, wenn er bewusst auf Produkte verzichtet, bei denen man weiss, dass sie unter allerschlimmsten, lebensverachtenden und quälerischen Bedingungen produziert worden sind.

Wahre Freiheit bedeutet doch vor allem, mit Überzeugung und beherzt sagen zu können: Nein, das brauche ich nicht! Ein klarer Verzicht auf gewisse Dinge macht uns sicher nicht ärmer, vielmehr schenkt er uns ein vertiefteres Bewusstsein für alles, was uns umgibt.

Giancarlo Snaidero-Fürst, Münchenstein

Kinderpost für die Erinnerung

Zu den Poststellen-Schliessungen; BaZ diverse

Ich habe soeben zehn Exemplare der Kinderpost bestellt, damit meine Enkelkinder in ein paar Jahren auch noch wissen, wie ein Postschalter, Einzahlungsscheine, Briefmarken, Stämpeli et cetera aussehen. Den armen Kin-

dern geht sonst etwas verloren, was wir alle in unseren Jugendjahren sicher mit viel Freude und grosser Begeisterung gespielt haben. Eigentlich sehr schade, dass bald nur noch Verkäuferis im Dorf lädeli gespielt werden wird.

Madeleine Müller, Bottmingen

Wenn Geografie vor Persönlichkeit geht

Eine Frau für Burkhalter-Nachfolge gewünscht; BaZ 19.7.17

Eine direkte Demokratie möglichst alle Minderheiten integrieren und am politischen Prozess beteiligen. So weit, so gut. Doch geht es um die Besetzung des Bundesrates sollten Eignung und Persönlichkeitsprofil vor Geografie stehen. Gerade bei der Nachfolge des EDA und mit Blick auf die Exportabhängigkeit der Schweiz benötigt das Land mehr denn je eine Frau oder einen Mann mit Visionen und Gestaltungskraft. Die Globalisierung und mit ihr die Digitalisierung gestalten die Welt in zunehmender Geschwindigkeit um.

In diesem Kontext ist die Schweiz und mit ihr die Wirtschaft auf stabile Verträge und Abkommen gerade mit der EU angewiesen. Dazu gehört auch die Bilateralen Verträge – wohl gegen den weiteren Dauerwiderstand der SVP – weiterzuentwickeln.

Pascal Merz, Sursee

Ein Schlag ins Gesicht

Das Hilfswerk Caritas fordert mehr Staatsgelder; BaZ diverse

Diese Forderung von 130 000 Franken Staatsgelder jährlich für einen minderjährigen Asylbewerber ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Schweizer. Das zieht ja noch mehr Minderjährige an. Dies spricht sich sicher im Ausland herum, den jeder Asylbewerber hat ja ein Natel und kommuniziert sicher laufend mit

Seinesgleichen. Viele Rentner, Einzelpersonen, Familien verdienen nie so viel und müssen davon noch Steuern bezahlen. Dieses Geld wird grosszügig dann ans Ausland verteilt. Viele Schweizer verstehen das nicht mehr. Wie lange sind wir noch still und dulden dies?

Rita Muff, Nuglar

Tote Soldaten und Cannabis-Rauch

Als die Autos die Parkometer küssen; BaZ 23.6.17

Aus meiner Erinnerung zum Sommer 1967 müsste auch erwähnt werden, dass in der Haight Ashbury vier Menschen mit einem Genickschuss liquidiert wurden, nebst anderen Schiesereien. Vom Fenster meines Arbeitsplatzes aus habe ich auch gesehen, wie die Särge mit den toten amerikanischen Soldaten aus dem Vietnamkrieg vom Flugzeugträger Enterprise auf der US-Naval Basis entladen wurden. Den süsslichen Geruch des Cannabis-Rauchs im Golden State Park zum Abendspaziergang rieche ich auch immer wieder in Basel und Umgebung.

Peter Weidmann, Ettingen

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel